

BKU-Arbeitskreis Soziale Ordnung

## **Für eine breitere Vermögensbildung**

### **Ausgangspunkt: Durchwachsenes Erfolgsmodell**

Deutschland erscheint heute als eine prosperierende Volkswirtschaft, die bei vielen sozio-ökonomischen Parametern exzellente Ergebnisse aufweist:

- die Arbeitslosigkeit ist auf einem Tiefstand,
- das Brutto sozialprodukt eines der höchsten in der europäischen Union,
- die Exportüberschüsse der Industrie sind so hoch, dass sie zunehmend den Unwillen anderer Konkurrenten – insbesondere der USA unter Präsident Trump – hervorrufen.

In dieser Situation scheinen soziale Probleme eher bei Randgruppen der Gesellschaft zu liegen – etwa bei Migranten, die in ihrer überwiegenden Mehrheit noch nicht im deutschen Arbeitsmarkt angekommen sind, oder bei Alleinerziehenden und Langzeitarbeitslosen sowie anderen von sozialer und wirtschaftlicher Exklusion bedrohten Gruppen.

Dieser Einschätzung entspricht es, dass starke politische Kräfte der Mittelschicht auch in Zeiten florierender Konjunktur die ihr zustehende Entlastung von Steuern und Sozialabgaben verweigern wollen. Dies gilt für:

- den Abbau des sogenannten Solidaritätszuschlags, von dem auch knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung und angesichts hoher Budgetüberschüsse noch immer einige Gruppen ausgenommen werden sollen;
- die Bekämpfung der sogenannten ‚kalten Progression‘, die bei nominal fixierten Steuersätzen und Inflation zu einer immer höheren effektiven Steuerbelastung führt;
- die Lohnnebenkosten (Beiträge zur Renten-, Sozial- und Arbeitslosenversicherung), die angesichts hoher Rücklagen eigentlich gesenkt werden müssten. Haushaltsüberschüsse und Guthaben der Sozialversicherungsträger werden stattdessen für öffentlichkeitswirksame Geschenke an einzelne Empfängergruppen (z.B. bestimmte Rentnergruppen) verwendet.

Doch geht es Durchschnittsverdienern und der Mittelschicht in Deutschland wirklich so gut, dass ihre Entlastung eigentlich überflüssig ist? Wissen Familien und private Haushalte nach Jahren wirtschaftlicher Stabilität und deutlicher Lohnerhöhungen kaum noch wohin mit ihrem Geld?

### **Das Problem: unbefriedigende Vermögenssituation breiter Bevölkerungsgruppen**

Ein näherer Blick zeigt: Trotz aller Erfolgsmeldungen der letzten Jahre ist es mit der finanziellen Situation der Deutschen auch im neunten Wachstumsjahr in Folge nicht so gut bestellt wie es scheint. Ihre private Vermögenssituation ist nicht stabil genug, um sie wirksam gegen wirtschaftlichen Abschwung oder gesundheitliche bzw. alterungsbedingte Leistungsminderung abzusichern. Niedrig sind im Vergleich zu den europäischen Nachbarn insbesondere:

- das durchschnittliche geldwerte Vermögen der Bundesbürger: Der Medianwert von 47 000 US Dollar ist nur gut halb so hoch wie der dänische (87 000 USD) und sogar nur ein gutes Viertel des belgischen (168 000 USD) (laut des Global Wealth Report des Credit Suisse Institute).
- die Eigentumsquote am Wohnungsbestand: Sie beträgt gut die Hälfte (51,7 Prozent) - gegenüber 64,7 % in Frankreich, 72,3 % in Italien und 83,4 Prozent in Norwegen (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155734/umfrage/wohneigentumsquoten-in-europa/>).
- der Anteil am Produktivvermögen. Die im Aktienindex DAX gehandelten Unternehmen sind überwiegend (53,7 Prozent) in ausländischer Hand (laut Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY 2018). Die deutsche Aktionärsquote ist dagegen traditionell niedrig (6 Prozent) - im Vergleich zu 15 in Frankreich, 23 in Großbritannien, 25 in den USA und 30 in den Niederlanden (<https://www.boerse.de/dai/anteil-aktionaere/grafik>).

Mithin sind die Deutschen noch immer überwiegend auf die staatliche Sozialversicherung als relevanten Träger der Alterssicherung angewiesen. Klassische Formen der Vermögensbildung wie das Sparbuch, die Lebensversicherung oder der Bausparvertrag sind dagegen vom Verfall der Zinssätze in Folge der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank voll betroffen. Dem sinkenden Sparvermögen steht mithin eine ausufernde Sozialleistungsquote (Alterssicherung, Sozialhilfe, Kindergeld/Grundsicherung) entgegen (139,2 Milliarden oder ca. 30 Prozent des Bundeshaushaltes in 2018). Auch ein Vergleich der Entwicklung verschiedener Vermögensklassen zeigt Probleme auf. Seit 2008 ist eine deutlich überproportionale Wertsteigerung bei Immobilien und Aktien zu verzeichnen; dies verschlechtert die relative Position jener Bevölkerungsmehrheit, die über beides nicht verfügt, dabei aber unter niedrigen bzw. sogar negativen Sparzinsen und schnell wachsenden Mieten leidet.

Veränderungen der privaten Lebensbedingungen entkleiden den Einzelnen schleichend von Solidaritätsnetzwerken im persönlichen Bereich:

- Individualisierungstendenzen wie die Zunahme von Single-Haushalten
- Veränderungen im Berufsleben: Hier sind kürzere Beschäftigungszeiten mit gestiegenen Mobilitätsanforderungen zu verzeichnen; eine Zunahme des Niedriglohnssektors und eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters erhöhen die Krisenanfälligkeit weiter.
- Die Sparquote nimmt in jüngeren Jahrgängen deutlich ab, obwohl die Alterslasten, die diese prospektiv zu tragen hat, durch die demographische Entwicklung laufend steigen: Nach einer Studie der niederländischen Großbank ING (2019) verfügen 31 Prozent der Deutschen sogar über gar keine Ersparnis, womit sie am unteren Ende der Europäer rangieren (FAZ vom 21.1.19).

Zusammenfassend ist also festzuhalten: Die Vermögenssituation der Deutschen ist – auch aufgrund ihrer Lebens- und Spargewohnheiten sowie Familienverhältnisse - keineswegs so positiv, wie dies die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in der letzten Dekade nahe legt (und wie dies auch Teile der deutschen Politik wahrzunehmen scheint). Vielmehr hat die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) gegenüber beruflichen und gesundheitlichen Krisen sowie gegenüber Konjunkturerinbrüchen letzthin eher ab- als zugenommen. Dies gilt nicht nur in Bezug auf einzelne Gruppen, die durch selektive sozialpolitische Programme zu kompensieren wären; vielmehr gilt es ganz allgemein für Durchschnitts-

verdiener, deren arbeitsmarktfähiges ‚Humanvermögen‘ alterungsbedingt permanent abnimmt.

### **Abnehmende Krisenfestigkeit – was ist zu tun?**

Wir stehen am Beginn einer kritischen Übergangsphase, in der die geburtenstarken Jahrgänge schrittweise in die Rentenversicherung eintreten, der bestehende Personalmangel in vielen Betrieben weiter zunimmt und die Situation der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten schwieriger wird. Gefordert ist hier nicht weniger als ein Paradigmenwechsel der Gesellschafts- und Sozialpolitik. Staat und öffentliche Systeme müssen sich dabei wieder mehr auf das ‚Ermöglichen‘ und ‚in die Lage versetzen‘ denn auf das ‚Versorgen‘ bzw. ‚Bevormunden‘ verlegen (Subsidiarität).

‚Ermöglichen‘ bedeutet dabei die Förderung von Prozessen, die auf die Stärkung der Absicherung breiter Bevölkerungsschichten abzielen: etwa durch Vermögensbildung in Haushalten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie kleinen Selbstständigen zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Statt eines sozialpolitischen Aktivismus mal für die eine, mal für die andere Gruppe (bei gleichzeitiger Entmündigung des durchschnittlichen Steuern- und Abgabenzahlers) geht es um die breite Ermöglichung persönlicher Verantwortung. Dazu müssen

- grundgesetzlich verankerte Eigentumsrechte auf einen angemessenen Anteil am Erwerbseinkommen sowohl steuerlich als auch sozialversicherungsrechtlich gewahrt bleiben.
- Informationspflichten eingehalten werden, die Bürgerinnen und Bürger offen über mögliche Gefährdungen ihrer Situation informieren.
- Politik muss auf die Förderung von einträglicher Vermögensbildung – etwa durch den Erwerb von Wohnungseigentum oder von Aktien - in breiten Bevölkerungsschichten abzielen.
- Komplementär dazu muss angesichts sinkender Verteilungsspielräume das Gebot der Eigenleistung/-vorsorge und der Mitwirkung durchgesetzt werden.
- subsidiäre Selbsthilfe im Rahmen genossenschaftlicher oder privater Unterstützungsnetzwerke muss wieder mehr Gewicht erhalten;
- schließlich ist der transparente Wettbewerb um die zweckdienlichste Lösung zu fördern.

Näher hin ergeben sich folgende Handlungspflichten:

1. Steuerliche Entlastung und konjunkturgerechte Einschränkung der Sozialabgaben – vor allem im Blick auf die „Mittelschicht“, die keineswegs – wie offenbar einige Politiker meinen - bei 66 000 € Jahresnettoeinkommen endet;
2. Vermögensbildung umfassend dauerhaft unterstützen, etwa durch
  - Förderung von Wohnungseigentum als Investivobjekt und zur Altersvorsorge
  - Beteiligungsprogramme am Kapitalvermögen für Mitarbeiter (z.B. durch einen Steuerfreibetrag bei Beteiligung am Produktivvermögen von mindestens 20.000 Euro/Jahr);
  - Einstellung komplizierter und schwach rentierlicher Anlageformen (v.a. im Bereich der sog. Riesterrente) bei gleichzeitiger Förderung einer transparenten Aktienkultur;

- Förderung von Lebensversicherungen und Pensionsfonds etwa durch Vergrößerung ihrer Handlungsspielräume (z.B. bei Engagement im Bereich von Gründungskapital etc.).
- Mitarbeiter-/Belegschaftsaktien-Programme und Ausgabe von Genussscheinen;
- Einrichtung von kombinierten Vermögensbildungsprogrammen internationalem Vorbild.

## **Schluss**

Es liegt im allgemeinen Interesse, die Bindungskräfte von Gemeinschaft und Gesellschaft zu stärken. Dazu ist darauf zu achten, dass die Vermögensunterschiede nicht zu groß werden. Beschäftigte müssen in die Lage versetzt werden, am Produktivvermögen zu partizipieren; die Mittelschicht soll zu sozialem Aufstieg angeregt und zum Vermögensaufbau befähigt werden. Die Steigerung von Transparenz, die Förderung von Verantwortung, Vorsorgebereitschaft und Engagement in Solidarnetzwerken muss auch zum Anliegen einer dem Gemeinwohl verpflichteten Gesellschaftspolitik werden.

Die Christliche Sozialethik muss sich nach der Entproletarisierung im 20. Jahrhundert heute auf die Stärkung der Mittelschicht ausgerichtet sein. Die Krisenfestigkeit und Resilienz der Vermögenssituation des normalen Steuerbürgers zu stärken. Dabei muss freiheitliche Entfaltung des Menschen in Würde und Selbstbestimmung das Ziel sein: Dies ist das beste Mittel gegen gesellschaftliche Entsolidarisierung, politische Radikalisierung, Vereinsamung und Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung. Breite Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und bei kleinen Selbstständigen ist ein Instrument, das in den letzten 50 Jahren nichts an gesellschaftspolitischer Aktualität verloren hat.

17.06.2019